

Aus den Verhandlungen des FMH-Zentralvorstands

La version française
suitra

St. An seiner Sitzung vom 11. Februar 2004 behandelte der FMH-Zentralvorstand unter anderem folgende Geschäfte.

I. Strukturreform/Standesrecht

1. VLSS/VSAO: Stand der Verhandlungen

Der Auftrag der Ärztekammer, gleichzeitig die Thematik VLSS als Basisorganisation sowie den Austritt von zwei Sektionen aus dem VSAO einer Lösung zuzuführen, wurde noch nicht umgesetzt. Der VSAO wird Ende Februar 2004 das Thema im zuständigen Gremium besprechen.

Der ZV beschliesst, den Entscheid des VSAO von Ende Februar 2004 abzuwarten. VSAO und VLSS sollen darüber informiert werden, dass das Geschäft an der Präsidentenkonferenz vom 18. März 2004 traktandiert ist und dass die beiden Institutionen sich zum Problem äussern müssen. Ausserdem soll die Problematik von der Arbeitsgruppe Strukturreform aufgenommen werden.

2. Strukturreform der FMH: Stand der Arbeiten

Ausgelöst durch die Anliegen der Union schweizerischer chirurgischer Fachgesellschaften hat die Arbeitsgruppe Strukturreform ihre Arbeiten aufgenommen. Dabei sollen Lösungsvorschläge erarbeitet werden, wie die wesentlichen Entscheidungsträger in die Strukturen der FMH eingebunden werden sollen bzw. wie eine Neugewichtung der Strukturen/Gremien aussehen könnte. Das Geschäft soll etappiert werden, wobei als erster Schritt die Stellung der Fachgesellschaften bzw. der Dachorganisationen von Fachgesellschaften und deren Mitwirkungsmöglichkeiten/Entscheidungskompetenzen verbessert werden sollen.

II. Sozialversicherungen

1. TARMED im stationären UV/MV/IV-Bereich: Antrag der Schweizerischen Vereinigung der Belegärzte an Privatkliniken (SVBP)

Bis ins Jahr 2001 war es die erklärte Absicht der MTK, TARMED nur im ambulanten Bereich anzuwenden. Im Februar 2001 eröffnete die MTK

dann im Beisein einer Delegation der FMS, dass TARMED auch im stationären Bereich eingeführt wird. Lange war unklar, wie viele Spitäler de facto von dieser Neuorientierung betroffen sind, wurde doch seitens der MTK immer wieder festgehalten, dass es sich um eine kleine Zahl handelt. Die Publikation der Anwendung von TARMED in der Schweizerischen Ärztezeitung hat nun zu massiven Reaktionen innerhalb der Ärzteschaft geführt, kursierte doch das Gerücht, die FMH und im speziellen ihr Präsident hätten die Verhandlungen im Spitalbereich geführt. Diese Annahme ist falsch, denn die FMH ist gar nicht legitimiert, solche Verträge auszuhandeln. Im Sinne einer Vorwärtsstrategie wurde das Projekt «Belegarztтарif» mit Unterstützung der FMH bei den Versicherern lanciert. Sowohl die Helsana als auch die Groupe Mutuel im KVG-Bereich als auch die MTK im UV-/MV-/IV-Bereich zeigen grosses Interesse an einer Lösung der Belegarztproblematik.

Der ZV beschliesst ein Schreiben an die MTK, in dem folgende Fragen gestellt werden: In welchen Kliniken wird TARMED im stationären Bereich angewendet? Welches sind die Konditionen der Anwendung von TARMED? Findet der SLK immer noch Anwendung? Wurde die Kündigung des SLK den betroffenen Kliniken mitgeteilt?

2. Rückritte aus der Assessment-Kommission

Nach dem Rücktritt der drei Mitglieder der Assessment-Kommission haben sich François Bossard und Jürg Pellaton bereit erklärt, in der Kommission Einsitz zu nehmen. Beide sind langjährige versierte Tarifverhandler und entsprechend fundierte Kenner der TARMED-Tarifstruktur. Der ZV spricht den beiden Herren seinen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz aus.

Im Zusammenhang mit dem Brief einer Fachgesellschaft bedauert der ZV die Schwierigkeiten rund um die Assessment-Kommission und hält fest, dass die Vertretung der Ärzteschaft nun wieder mit qualifizierten Delegierten sichergestellt ist. Aus Datenschutzgründen muss eine Vertraulichkeitserklärung dieser Delegierten vorliegen. Der ZV lehnt ausserdem den Vorwurf der Geheimniskrämerei ab, da die Entscheide der Kommission jeweils sofort mitgeteilt wurden und werden.

3. Entscheide der Assessment-Kommission

Der Zentralvorstand nimmt von der auf dem Zirkularweg gutgeheissenen «Vereinbarung Notmassnahmen für selbständige, in freier Praxis arbeitende Radiologen/Radiologieinstitute», abgeschlossen zwischen santésuisse und der FMH, Kenntnis. Er genehmigt ausserdem die Beschlüsse der Assessment-Kommission vom 22. Januar 2004. Danach wird die Situation bei den Grundversorgergesellschaften noch einen Monat lang beobachtet, mögliche Interventionsmassnahmen werden aber studiert. Wegen Anstiegs der Fallkosten wird ein «Warnbrief» an die Schweizerische Gesellschaft für Chirurgie sowie an die Schweizerische Ophthalmologische Gesellschaft versandt. Die Ophthalmologen-Gesellschaft wird aufgefordert, einen Artikel gleichen Inhalts in der Schweizerischen Ärztezeitung zu veröffentlichen.

III. Organisatorisches

1. Beitritt der FMH zum Verein Forum Managed Care als Gold-Partner

Der ZV beschliesst den Beitritt zum Verein Forum Managed Care als sogenannter Gold-Partner. Er genehmigt die Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung. Der ZV delegiert Frau Müller Imboden als Mitglied in den Strategischen Ausschuss. Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung bzw. der Zustimmung zum Beiratsreglement wird auch die Zahlung von Fr. 15 000.– fällig.

Der ZV hält fest, dass sich die FMH merkantilen Interessen gegenüber neutral verhalten wird. Sollten diese überhandnehmen, wird sich die FMH zurückziehen. Des weitern ist weder die FMH noch der ZV noch eines seiner Mitglieder durch die Empfehlungen des Forums gebunden. Das Forum ist keine politische Plattform.

2. Entlastungsmassnahmen 2003: Monitoring des Bundesamtes für Flüchtlinge, Revision von Verordnungen im Asylbereich, Kosten sparen im Asylbereich? Aktualisierung der ZV-Stellungnahme von 1999

Das Parlament hat im Dezember 2003 unter dem Namen «Entlastungsprogramm 2003» ein Sparpaket verabschiedet, welches unter anderem im Bereich des Flüchtlingswesens folgendes vorsieht: Bei Nichteintretensentscheiden wird der Bund in Zukunft die noch anfallenden Sozialhilfekosten nicht mehr direkt im Einzelfall übernehmen, sondern die Kantone mit Pauschalen

entschädigen. Kantone und Gemeinden fürchten Mehrausgaben. Deshalb soll ein Monitoring stattfinden. Das Monitoring wird mit Statistiken unter anderem die entsprechenden Kosten der öffentlichen Institutionen inkl. Spitäler erfassen. Nicht statistisch erfasst werden hingegen gemäss Monitoringkonzept die Folgen für Arztpraxen: Honorarausfälle als Folge von Gratisbehandlung oder erfolgloser Rechnungsstellung bei den noch nicht ausgereisten Asylbewerbern, auf deren Gesuch rechtskräftig nicht eingetreten wurde. In jedem Fall sollen die Auswirkungen dieses Parlamentsbeschlusses zur Kostenreduktion bei Asylbewerbern mit Nichteintretensentscheiden untersucht werden; die FMH bittet deshalb Ärzte und Ärztinnen in Praxen (also ausserhalb öffentlicher Kliniken und Institutionen), welche häufiger Asylbewerber betreuen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wurde, sich bei der FMH zu melden, damit nach Rücksprache mit den kantonalen und eventuell den Fachgesellschaften eine Liste von Ärztinnen und Ärzten zusammengestellt werden kann, mit denen im Rahmen des Monitorings Interviews durchzuführen sind.

Jedenfalls bleibt die FMH auf Distanz zu den vom Parlament beschlossenen Entlastungsmassnahmen; aus Sicht der Ärzteschaft muss eine angemessene medizinische Behandlung auch für abgewiesene Asylbewerber sichergestellt sein. Es wird ausserdem festgehalten, dass die Ärzte in den Diskussionen um «Priority Setting» lediglich als Berater/Experten Auskunft geben können; Rationierungsentscheide dürfen nicht Sache der Ärzteschaft sein, sondern der zuständigen Behörden.

Der ZV heisst den Stellungnahmeentwurf gut. Er hält ausserdem fest, dass seine Stellungnahme aus dem Jahre 1999 bezüglich Kosten sparen im Asylbereich nicht an Aktualität eingebüsst hat. Die Präsidentenkonferenz wird über das Geschäft orientiert.

3. Ausbildung Medizinische Praxisassistentin; Wiederwahl der Aufsichtskommission Einführungskurs

Der Zentralvorstand wählt die Herren Dr. Michael Marchev, Safnern (Präsident), sowie als Mitglieder Dr. Claus Bally, Genf, Dr. Alfred Frei, Wilen b. Wollerau, Dr. Jürg Krem, Basel, Dr. Wilfried Rusterholz, Romanel, und Dr. Adrian Sury, Locarno, für eine weitere 3jährige Amtsperiode in die Aufsichtskommission Einführungskurs.